

Niederschrift

über die in der 08. Sitzung des Kreistages
am 01.10.2015 im Maywaldsaal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 17:16 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 17:16 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 17:38 Uhr

anwesend sind

Angenendt, Brigitte	Kleve
Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Düllings, Paul (bis 17:09 Uhr)	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Fenger, Andre	Rees
Giesen, Heinz	Geldern
Heinzel, Freddy	Emmerich am Rhein
Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Klinkhammer, Robert	Rees
Koppers, Josef	Goch
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mailänder, Josef	Straelen
Mulder, Andy	Kleve
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Selders, Hannes	Kevelaer
Stevens, Agnes	Uedem
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Wolters, Stephan	Geldern
Beckers, Irmgard	Issum
Berg, Josef	Kleve
Derstappen, Gertrud	Wachtendonk
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Friedmann, Peter	Rees
Helbing, Peter	Kerken
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Plotke, Kathrin	Uedem
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Sander, Helma	Kalkar
Vopersal, Jörg	Kevelaer
Weber, Otto	Straelen
Gorißen, Dietmar	Kleve

Prof. Dr. Klapdor, Ralf (ab 17:35 Uhr)	Uedem
Wittenburg, Thomas	Issum
Höhn, Birgitt	Emmerich am Rhein
Krystof, David	Goch
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Sickelmann, Ute	Emmerich am Rhein
Raubach, Müserref	Kleve
Reuter, Tim	Geldern
Heinricks, Michael	Kerken
Natrop, Mathias	Kranenburg
Habicht, Kai	Kerken

entschuldigt sind

Schreiber, Adolf	Goch
Trenckmann, Bettina	Goch
Wucherpfennig, Brigitte	Kleve
Terkatz, Hans-Hermann	Straelen
Währisch-Große, Elke	Rheurdt
Severin, Rainer	Kleve

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Lamers, Silke
Lamers, Monika

als Schriftführerin

Franken, Christina

- - - - -

Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner ergehen nicht.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergehen keine Wortmeldungen.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

1. Ersatzwahl Betriebsausschuss Rettungsdienst des Kreises Kleve 281/WP14
2. Ersatzwahl Betriebsausschuss Rettungsdienst des Kreises Kleve und Wahlprüfungsausschuss 285/WP14
3. Zuwendungen des Kreises Kleve zur Abgeltung mandatsbedingten Aufwandes 289/WP14
4. Sitzordnung im Kreistag Kleve entsprechend dem traditionellen politischen Spektrum Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015 291/WP14
5. Errichtung eines "Runden Tisches zur Flüchtlingsarbeit im Kreis Kleve" Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 02.09.2015 294/WP14
6. Sachstandsbericht zur Personalsituation bei der Polizei im Kreis Kleve Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.09.2015 302/WP14
7. Durchführung des geplanten Gesetzes zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG NRW); Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015 293_1/WP14
8. Verlustübernahmen der kommunalen Gesellschafter der Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH 295/WP14
9. Vom Gesundheitsbericht zum Masterplan "Beste Gesundheit und Pflege für alle im Kreis Kleve" Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015 292/WP14
10. Radverkehr im Kreis Kleve; Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.09.2015 307/WP14
11. Mitteilungen
12. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

13. Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (KKA GmbH) Durchführung der Kreisaufgaben durch die KKA GmbH 287/WP14
14. Berichte aus den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Kleve 308/WP14
15. Mitteilungen

16. Anfragen

- - - - -

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 281 /WP14

Ersatzwahl
Betriebsausschuss Rettungsdienst des Kreises Kleve

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Herr Rolf Bernards, Elisabethstraße 119, 47608 Geldern wird zum Mitglied im Betriebsausschuss Rettungsdienst des Kreises Kleve gewählt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 285 /WP14

Ersatzwahl
Betriebsausschuss Rettungsdienst des Kreises Kleve und Wahlprüfungsausschuss

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Herr Mathias Natrop wird als stellvertretendes Mitglied im Betriebsausschuss Rettungsdienst gewählt. Herr Michael Heinrichs wird als Mitglied im Wahlprüfungsausschuss gewählt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 289 /WP14

Zuwendungen des Kreises Kleve zur Abgeltung mandatsbedingten Aufwandes

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Auf die Frage von KTM Heinrichs, ob es sich um einen grundsätzlichen Beschluss für alle Kreistagsmitglieder, die keiner Gruppe oder Fraktion angehören handelt, oder ob sich der Beschluss auf einen konkreten Einzelfall bezieht, antwortet der Landrat, dass es sich um eine grundsätzliche Regelung handelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Einem Kreistagsmitglied, das keiner Fraktion oder Gruppe angehört, wird eine monatliche Zuwendung in Höhe von 150,00 Euro gezahlt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 291 /WP14

Sitzordnung im Kreistag Kleve entsprechend dem traditionellen politischen Spektrum
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

KTM Franken führt aus, dass seine Fraktion die Änderung einer Sitzordnung als notwendig betrachtet, da sich seit 1990 einige Änderungen ergeben hätten. Insbesondere nach der Kommunalwahl 2014 würden gänzlich andere Verhältnisse bestehen. Die Sitzordnung solle am traditionell politischen Spektrum ausgerichtet werden. Dies führe u.a. dazu, dass das Kreistagsmitglied der AfD rechts außen sitzt. Dies werde auch in anderen Parlamenten so gehandhabt. Im Kreisausschuss sei gesagt worden, dass eine Klassifizierung der Fraktionen nicht möglich sei. Das Mitglied der AfD würde in den sozialen Medien seine rechte Gesinnung deutlich zum Ausdruck bringen.

KTM Ulrich möchte aus dem Kurier am Sonntag vom 19.09.2015 zitieren, wo es heiße, dass das Mitglied der AfD vom Publikum aus gesehen, rechts außen sitzen würde. Es komme auf die Perspektive an. Die Art und Weise der Diskussion gefalle ihrer Fraktion nicht. Der Antrag werde abgelehnt.

KTM Höhn berichtet, dass die Sitzordnung aus der Perspektive eines neuen Kreistagsmitgliedes nicht komfortabel sei. Die Arbeitsfähigkeit der Fraktionen sei durch die schlechten Kommunikationsmöglichkeiten gefährdet. Eine Alternative wäre, dass die Sitzung öfters unterbrochen werde. Durch unqualifizierte Bemerkungen vom rechten Spektrum fühle sich ihre Fraktion beeinträchtigt. In allen Parlamenten werde die Anordnung der Sitze vom Vorsitzenden aus betrachtet. Die Sitzordnung solle am politischen Spektrum ausgerichtet werden.

KTM Habicht sagt, dass die SPD-Fraktion sich auf politischer Ebene mit seiner Partei befassen solle. Vom Publikum aus, würde er rechts sitzen. Somit sei dies Ansichtssache. Jedoch halte er die Diskussion für unnötig, ihm sei nicht wichtig, wo er sitzt. Die Parteienlandschaft sei erst dann komplett, wenn sie symmetrisch aufgestellt ist. Dies führt er in seinem Redebeitrag ausführlich aus. Seine Partei freue sich über immer mehr Zulauf. Die Proteste gegen seine Partei würden dazu führen, dass seine Partei mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erlangt. Der Antrag der SPD-Fraktion werde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 19 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015 wird abgelehnt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 294 /WP14

Errichtung eines "Runden Tisches zur Flüchtlingsarbeit im Kreis Kleve"
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 02.09.2015

Landrat berichtet, dass der Antrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2015 vom Kreisausschuss einvernehmlich ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag verwiesen wurde.

KTM Franken führt aus, dass der Zustrom an Flüchtlingen und Asylbewerbern im Kreis zurzeit immer weiter zunimmt. Die Herausforderungen würden immer größer. Über die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sei man sehr froh und die Arbeit sei lobend zu erwähnen. Seiner Fraktion gehe es darum, dass den Ehrenamtlichen professionelle Beratung und Koordination geboten werde. Es würden Rückmeldungen vorliegen, dass oft unklar sei, welche Institutionen genau angelaufen werden müssen. Es gehe auch um weitere Angebote wie z.B. Sprachförderangebote, Qualifizierungsangebote und die Vermeidung von Doppelstrukturen. Der Landrat solle als Koordinator fungieren und eine Führungsaufgabe übernehmen. Der Kreis habe die Pflicht zur Unterstützung der Ehrenamtlichen. Andernfalls würden die Ehrenamtlichen "wegbrechen". Er zitiert einen positiven Bericht aus der Presse zum Thema Arbeitskreis. Das Zitat eines Ehrenamtlichen aus der gleichen Kommune zeige jedoch, dass keine koordinierte Struktur vorhanden sei. Seine Fraktion würde sich über einen Runden Tisch sehr freuen. Ein Runder Tisch würde jedoch ein Kommunales Integrationszentrum nicht ersetzen. Er habe mit dem zuständigen Staatssekretär gesprochen und demnächst würden der Landrat, alle Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden eine Einladung zu einem Gespräch zur Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums im Kreis Kleve erhalten.

KTM Ulrich berichtet, dass ihre Fraktion im Kreisausschuss Beratungsbedarf angemeldet habe, da noch Gesprächsbedarf mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort bestanden habe. Die Rückmeldungen hätten ergeben, dass es vor Ort gut funktionierende Runde Tische geben würde und hervorragende Arbeit geleistet werde. Die Probleme würden darin liegen, dass zu wenige Ressourcen vorhanden seien. Die Mittelzuweisungen seitens des Landes würden nicht schnell genug laufen. Auch personelle Hilfestellungen würden fehlen. In den letzten Tagen habe es in Berlin hierzu eine Verständigung gegeben und die Mittel seien erhöht worden. Die Ministerpräsidentin von NRW habe gesagt, dass das Ziel sei, die Kommunen weitgehend zu entlasten. Dies könne nicht sein, es müsse eine vollumfängliche Entlastung der Kommunen geben, andernfalls würden bald freiwillige Leistungen nicht mehr angeboten werden. Die Kommunen vor Ort würden außerordentlich vernetzt arbeiten und die Ehrenamtlichen würden hervorragende Arbeit leisten. Das Land müsse hierfür weitere Rahmenbedingungen schaffen. Im Kreis würde eine ausgeprägte Hilfskultur bestehen. Sie dankt dem Landrat und der Verwaltung für die hervorragende Arbeit bei der Unterbringung der 300 Flüchtlinge. Der Kreis habe hier Amtshilfe für das Land geleistet. Das Netzwerk würde hervorragend funktionieren. Ein Runder Tisch auf Kreisebene sei nicht notwendig.

KTM Sickelmann äußert, dass ihre Fraktion die Hoffnung hatte, dass eine gemeinsame Positionierung gefunden wird. Es sei schade, dass die CDU-Fraktion das Land wieder in den Vordergrund stelle. Der Kreis könne eine Plattform herstellen und damit ehrenamtliches Engagement erhalten. Auch sie dankt dem Landrat und der Verwaltung für die bisherige Hilfe. Dies löse jedoch nicht die bevorstehenden Probleme. Daher möchte sie an die CDU-Fraktion appellieren, damit diese ihre Haltung überdenkt. Dem Antrag werde zugestimmt.

KTM Gorißen ergänzt, dass nicht nur vom Kreis, sondern auch von den Kommunen vor Ort hervorragende Arbeit geleistet wird. Die Rückmeldungen aus der Politik und dem Ehrenamt, die seine Fraktion erreicht haben, würden signalisieren, dass über das Internet und Handy ein schneller Austausch stattfinden würde. Gute Beispiele aus Kommunen würden sich schnell verbreiten. Ein Runder Tisch auf Kreisebene würde nicht benötigt. Den Ehrenamtlichen sollen keine weiteren Aufgaben auferlegt werden. Der Antrag der SPD-Fraktion werde abgelehnt.

KTM Kreuzmann berichtet von ihrer Arbeit im Krankenhaus in Geldern und der Situation bei der Ankunft der Flüchtlinge. Diese seien für eine bestimmte Uhrzeit angekündigt gewesen und alle Fachkräfte hätten vor Ort bereit gestanden. Man habe stundenlang gewartet und die Flüchtlinge seien nicht wie angekündigt angekommen. Es sei keine professionelle Koordination vorhanden gewesen. Ein Runder Tisch zur besseren Vorbereitung und Planung sei notwendig.

Landrat erwidert, dass die beschriebene Situation durch die Organisation beim Land verursacht worden sei. Mit einem Runden Tisch hätte dieses Beispiel nichts zu tun.

KTM Höhn ist der Ansicht, dass es nichts bringt, alle Probleme dem Land zuzuschreiben. Sie arbeite seit über 20 Jahren ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe und seit vielen Jahren führe der Flüchtlingsrat in dem grünen Büro seine Beratungsstunden durch. In vielen Kommunen seien die Ehrenamtlichen an ihrer Grenze angelangt. Ein Runder Tisch werde dringend benötigt. In der letzten Woche sei ein Runder Tisch in Rees durchgeführt worden. Leider würde aber in jeder Kommune neu überlegt, wie ein Problem angegangen werden kann. Die Probleme seien in jeder Kommune gleich. Hier sei eine Koordination notwendig, damit die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer nicht "wegbrechen".

KTM Heinrichs merkt an, dass er vom ersten Augenblick an für ein Kommunales Integrationszentrum gewesen sei. Die Ehrenamtlichen würden ihre Grenzen haben und diese seien bald überschritten. Letztlich würde vor Ort das Problem bestehen und es würde nichts helfen, wenn man auf das Land schimpft. Es würde im Kreis keine zentrale Stelle bestehen, an die sich alle wenden können. Die Frage sei, welche Vorstellungen man von einem Runden Tisch habe. Es müsse eine zentrale Stelle geben, in der Leute sitzen, die sich dazu berufen fühlen, die Zeit und Ahnung haben und die den Kommunen als Ansprechpartner dienen.

KTM Dr. Prior spricht das Thema Bildung in dem Zusammenhang an. Es sei richtig, dass Mittel benötigt werden. Jedoch gehe es auch um Information. Daher sei er schon der Ansicht, dass etwas benötigt werde, was idealerweise auch über die Kreisgrenzen hinausgehe. Es müsse sich nicht um einen klassischen Runden Tisch handeln. Berufsbedingt habe er zurzeit Kontakt zu Bildungseinrichtungen, vor allem auch im Bereich der frühen Bildung. Die Rückmeldungen, die ihn aus diesem professionellen Bereich (Erzieher, Lehrer) erreichen, würden zeigen, dass dort nicht klar sei, was zu tun ist. Integration sei wichtig. Daher solle nicht jeder für sich arbeiten, sondern man solle sich zusammentun. Der Kreis sei eine gute Stelle hierfür. Vor Ort werde Autorität benötigt, um Strategien zu erläutern, zentral Abstimmungen vorzunehmen, autorisierte Pläne zu erstellen etc.

KTM Rupp hat den Eindruck, dass der Bedarf an Austausch und Kommunikation wächst. Aus den Kommunen würden seiner Fraktion die Rückmeldungen vorliegen, dass vor Ort ein Runder Tisch oder Ähnliches vorhanden ist und dies gut funktionieren würde. Jedoch gehen die Aktivitäten nicht über die kommunale Grenze hinaus. Dies sei dringend erforderlich. Fast überall im Land würde es Kommunale Integrationszentren oder Runde Tische oder sogar beides geben. Es sei nicht nachvollziehbar, dass im Kreis hierfür kein Bedarf gesehen werde. Schuldzuweisungen an das Land würden hier nicht weiterhelfen.

KTM Reuter findet einen Runden Tisch begrüßenswert. Synergieeffekte sollen erschlossen werden. Es handele sich um Menschen in äußerster Not und die Chance solle hier genutzt werden, um etwas auf den Weg zu bringen. Man müsse über die Kreisgrenzen hinaus etwas schaffen. Ggfs. solle zunächst ein Treffen stattfinden. Anschließend könne resümiert werden, ob das Thema weiter verfolgt wird.

KTM Engler sagt, dass es nicht um Geld und Zuständigkeiten gehen würde. Es gehe um Kommunikation und Wertschätzung. KTM Ulrich sei auch auf der Veranstaltung des Landkreistages vertreten gewesen. Hier sei ausgeführt worden, was der Kreis tun könne. Es würde keine originäre

Zuständigkeit vorliegen, jedoch könne der Kreis koordinieren und die Kommunikation fördern. Der Kreis sei über das Schulamt, Gesundheitsamt und Jugendamt in vielen Bereichen der Flüchtlingsarbeit eingebunden. Weiter sei zu überlegen, inwieweit das Berufskolleg in die Strukturen eingebunden werden kann, Fallmanager qualifiziert werden können etc. Es gebe eine Menge Fragestellungen, die in eine Struktur eingeführt werden können.

KTM Habicht äußert, dass im Kreis Kleve es bisher relativ gut gelaufen wäre. In anderen Ländern, Kreisen und Städten sei die Situation deutlich schlechter. Die Ehrenamtlichen würden über ihre Grenzen hinaus beansprucht. Die Diskussionen würden nicht weiterhelfen. Nicht der Kreis, das Land oder der Bund seien schuld an der Problematik. Die Ansätze würden woanders liegen und müssten dort behoben werden.

KTM Krystof appelliert dazu, einen Runden Tisch einzuberufen und es einfach auszuprobieren. Im schlimmsten Fall würde keiner kommen. In Goch sei ein Runder Tisch vorhanden. Dieser habe sich gut entwickelt. Er ist der Auffassung, dass dies auch im Kreis Kleve funktionieren kann. Im Hinblick auf die Zukunft werde es verstärkt darum gehen, die Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Eine Vernetzung über die Gemeindegrenzen hinaus sei dabei hilfreich.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 21 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 02.09.2015 wird abgelehnt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 302 /WP14

Sachstandsbericht zur Personalsituation bei der Polizei im Kreis Kleve
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.09.2015

KTM Sickelmann sagt, dass der Antrag sich auf die Berichterstattung zur Personalsituation bei der Polizei beziehe. Es müsse versucht werden, Einfluss zu nehmen. Mit dem Verweis in den Kreisausschuss sei ihre Fraktion einverstanden. Sie hofft auf eine positive Empfehlung. Das skizzierte Szenario dürfe nicht Wirklichkeit werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.09.2015 wird in die nächste Sitzung des Kreisausschusses verwiesen.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 293 _1/WP14

Durchführung des geplanten Gesetzes zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG NRW); Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

KTM Franken ist gespannt auf die Vorschläge der Verwaltung zu den einzelnen Punkten. Gestern seien im Landtag die Hilfen für die Kommunen auf den Weg gebracht worden. Die Landtagsfraktion habe sich als verlässlicher Partner gezeigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015 wird in die Haushaltsberatungen verwiesen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 295 /WP14

Verlustübernahmen der kommunalen Gesellschafter der Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses bei 5 Enthaltungen.

KTM Franken möchte den Antrag seiner Fraktion aus dem Kreisausschuss wiederholen und den Beschlussvorschlag verändern. Der erste Satz des Beschlussvorschlages könne stehen bleiben, der zweite Satz könne gestrichen werden und im dritten Satz müsse es 2016 statt 2017 lauten. Seine Fraktion habe gesehen, dass die Wirtschaftsförderung sich an der aufgestellten Budgetierung in der Vergangenheit gehalten habe. Diese war insofern auskömmlich und daher sehe seine Fraktion keinen Bedarf für einen rückwirkenden Inflationsausgleich.

KTM Reuter erkundigt sich nach einer detaillierten Aufstellung aus der hervorgeht, für welche Bereiche die jeweiligen Mittel verwendet werden.

Landrat erläutert, dass eine solche Aufstellung nur für den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung zur Verfügung steht. Der Antrag der SPD werde zur Abstimmung gestellt. Jedoch werde zunächst über den weitergehenden Vorschlag der Verwaltung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 15 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Dynamisierung der Verlustübernahmen der kommunalen Gesellschafter der Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH zu. Hierzu soll in einem ersten Schritt der Verlustausgleich im Jahr 2016 einmalig um 10% erhöht werden. Ab 2017 wird der Verlustausgleich jährlich an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex entsprechend der in der Vorlage formulierten Wertsicherungsklausel angepasst.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 292 /WP14

Vom Gesundheitsbericht zum Masterplan "Beste Gesundheit und Pflege für alle im Kreis Kleve"
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015 wird in die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales verwiesen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 307 /WP14

Radverkehr im Kreis Kleve;
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.09.2015

KTM Sickelmann erklärt, dass ihre Fraktion mit dem Verweis in den Fachausschuss einverstanden ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.09.2015 wird in die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 10.11.2015 verwiesen.